

GLH und SPD machen gegen weitere Versiegelung mobil

Sie lehnen die geplante Änderung des Regionalplans ab und rufen dazu auf, Einwendungen gegen das Vorhaben einzureichen

Hirschberg. (RNZ) Der Entwurf für die Änderung des Einheitlichen Regionalplans befindet sich seit Kurzem in der Offenlage. Die Bürger der Region können bis zum 15. Juni Stellungnahmen und Einwendungen einreichen. GLH und SPD rufen in einer Pressemitteilung dazu auf, davon Gebrauch zu machen. Sie befürchten, „dass der Flächenfraß weitergeht“.

Der Regionalplan spiele als das zentrale Steuerungsinstrument und Grundlage für den Flächennutzungsplan sowie die weitere kommunale Bauleitplanung eine entscheidende Rolle für die zukünftige Entwicklung der Region, erläutern sie. „Hirschberg ist von der Änderung massiv betroffen.“ Denn die Planung gehe weit über das hinaus, was Gegenstand des Bürgerentscheids war.

Das Gewerbegebiet Hirschberg/Heddesheim werde mit einer zusätzlichen Fläche von 59 Hektar zum „Vorranggebiet für Gewerbe“ erklärt. Der größte Anteil davon entfällt auf Hirschberg: So ist die gesamte Fläche südlich des bestehenden Ge-

werbegebiets bis zur Heddesheimer Straße als potenzielle Gewerbefläche vorgesehen, ebenso eine weitere Fläche rund um die AVR-Anlage.

Die Auswirkungen auf Landschaft und Natur lägen auf der Hand, so GLH und SPD: „Es handelt sich um Böden von hoher Qualität, sie liegen in einem Wasserschutzgebiet sowie zum Teil in einem Grünzug.“ Sie würden eine wichtige Rolle für das Mikroklima sowie für den Natur-, Arten- und Klimaschutz spielen. „Besonders gravierend für Leutershausen: Der Verkehr wird massiv zunehmen“, prognostizieren SPD und GLH. Der jetzige Kreislauf, auch mit Bypass, werde die Zunahme nicht verkraften, insbesondere da das Gebiet für Heddesheim als „Vorranggebiet für Logistik“ ausgewiesen ist, sind Grüne und Sozialdemokraten überzeugt. „Die Anbindung an die Heddesheimer Straße ist laut Planentwurf im Grunde unabdingbar.“ Kurz

nach Inkrafttreten des letzten Regionalplans 2014 wurden erste Schritte für die Weiterentwicklung unternommen. Beauftragt mit der Suche nach weiteren Gewerbe- und Wohnflächen in der Metropolregion wurde „Cima“ mit Sitz in Lübeck, also das Unternehmen, das nun auch die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für die Hirschberger Gewerbegebietserweiterung erstellt hat.

Ende 2019 beschloss die Verbandsversammlung die Einleitung des Änderungsverfahrens. Mitte 2020, also bereits vor dem Start des Bürgerentscheids, wurden alle Kreise und Kommunen, auch die Gemeinde Hirschberg, offiziell unterrichtet und um Rückmeldung zu den Festsetzungen des vorgelegten Planentwurfs gebeten. Ende 2020 wurde die Offenlage beschlossen, die nun am 20. April begonnen hat. „Die SPD Hirschberg und die GLH erhielten von den konkreten Inhalten der Änderung des Regionalplans erst wenige

Tage vor dem Bürgerentscheid im März 2021 Kenntnis“, heißt es in der Pressemitteilung.

Sie positionieren sich klar gegen „eine weitere Versiegelung unserer Landschaft“. Die derzeit geplanten zehn Hektar Erweiterung seien im Grunde schon zu viel. Bei der Änderung des Regionalplans gehe es um ein Vielfaches dieser Fläche. „Klima-, Arten- und Naturschutz, die Verkehrsproblematik sowie der Naherholungswert unserer Landschaft sind eindeutige Argumente für uns, die geplanten Festsetzungen im Regionalplan entschieden abzulehnen“, so GLH und SPD.

Deshalb rufen sie die Bürger dazu auf, Einwendungen einzureichen. Bis 15. Juni ist die Beteiligung per Post, E-Mail oder über ein Online-Formular möglich. Auf den Webseiten von SPD Hirschberg, GLH und der BI „BB Hirschberg 10 ha Gewerbegebiet Süd“ findet man weitere Informationen. Der Ausschuss für Technik und Umwelt wird sich voraussichtlich am 8. Juni mit dem Thema befassen.

*Einwände bis
15. Juni einreichen*
